



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME Verwaltungsrechtliche Stellungnahme zur Neutralität fachlicher Stellungnahmen in der sog. Qualzucht-Debatte

1. Rechtlicher Maßstab

Fachliche Stellungnahmen von Fachtierärztinnen, die von Behörden zur Vorbereitung oder Begründung verwaltungsrechtlicher Entscheidungen herangezogen werden, unterliegen dem **Grundsatz sachlicher Unabhängigkeit und Objektivität**.

Maßgeblich sind hierbei insbesondere:

- der **Amtsermittlungsgrundsatz** (§ 24 VwVfG),
- das **Gebot der Gleichbehandlung** (Art. 3 Abs. 1 GG),
- der **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit**,
- sowie die in der Rechtsprechung anerkannten Anforderungen an die **Unparteilichkeit sachverständiger Stellungnahmen**.

2. Neutralität und Interessenkonflikte

Die Neutralität einer fachlichen Stellungnahme ist zu verneinen, wenn

- die Stellungnehmende **wirtschaftlich, organisatorisch oder ideell** an Einrichtungen, Projekte oder Kampagnen gebunden ist,
- deren Zielsetzung auf eine **vorab festgelegte Bewertung bestimmter Hunderassen oder Zuchtformen** gerichtet ist,
- und diese Bindung im Rahmen der Stellungnahme **nicht offengelegt** wird.

In solchen Fällen liegt ein **beachtlicher Interessenkonflikt** vor, der die Verwertbarkeit der Stellungnahme im Verwaltungsverfahren einschränkt oder ausschließt.

3. Verstoß gegen das Einzelfallprinzip

Eine Neutralitätsverletzung liegt ferner vor, wenn

- bestimmte Rassen oder Rasstypen **pauschal** als „Qualzucht“ eingeordnet werden,
- ohne eine **konkrete, einzelfallbezogene Prüfung** von Gesundheitszustand, funktioneller Belastung und individueller Zuchtausrichtung.

Das Tierschutzrecht kennt **keine typisierende Rassebewertung**, sondern fordert eine **konkrete Gefahren- und Belastungsprüfung im Einzelfall**.

Pauschalisierungen verstoßen gegen Art. 3 Abs. 1 GG und sind verwaltungsrechtlich **nicht tragfähig**.

4. Unzureichende Tatsachenermittlung

Eine fachliche Stellungnahme genügt den Anforderungen des § 24 VwVfG nicht, wenn sie

- wissenschaftliche Erkenntnisse **selektiv** heranzieht,
- widersprechende oder relativierende Studien unberücksichtigt lässt,
- oder unbestimmte Begriffe ohne fachliche Operationalisierung verwendet.

In diesen Fällen liegt eine **unvollständige Tatsachenermittlung** vor, die die Entscheidungsgrundlage der Behörde belastet.

5. Rollenvermischung und fehlende Sachlichkeit

Die Neutralität entfällt, wenn eine Fachtierärztin

- zugleich als fachliche Beraterin und **politisch oder aktivistisch engagierte Akteurin** auftritt,
- oder ihre Stellungnahme erkennbar der **Lenkung zuchtpolitischer Entscheidungen** dient.

Eine solche Stellungnahme ist **nicht sachverständig**, sondern **interessengeleitet**.

6. Unzulässige Werturteile

Fachliche Stellungnahmen verlieren ihre rechtliche Relevanz, wenn sie

- moralische oder ethische Bewertungen,
- pauschale Verantwortungszuschreibungen,
- oder emotionalisierende Formulierungen

enthalten, ohne diese auf **objektiv überprüfbare Tatsachen** zu stützen.

Verwaltungsentscheidungen dürfen ausschließlich auf **nachvollziehbare und belastbare Tatsachenfeststellungen** gestützt werden.

7. Verwertbarkeit im Verwaltungsverfahren

Eine Stellungnahme, die die vorgenannten Mängel aufweist,

- erfüllt nicht die Anforderungen an eine **sachverständige Entscheidungsgrundlage**,
- ist im Rahmen der behördlichen Entscheidung **nur eingeschränkt oder gar nicht verwertbar**,
- und kann einer gerichtlichen Überprüfung **nicht standhalten**.

8. Zusammenfassende Bewertung (behördentauglich)

Fachliche Stellungnahmen von Fachtierärztinnen sind im Verwaltungsverfahren nur dann verwertbar, wenn sie unabhängig, ergebnisoffen und einzelfallbezogen erstellt werden.

Liegen Interessenkonflikte, pauschale Rassezuordnungen, selektive Tatsachenermittlung oder rollenfremde Zielsetzungen vor, ist die Neutralität zu verneinen. In diesen Fällen ist die Stellungnahme als Entscheidungsgrundlage ungeeignet.